

# Möglichkeiten und Orientierungen wirtschaftlicher Strukturpolitik

## Drei Thesen zu den Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf die wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Luxemburger Politik

*Die Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat den makroökonomischen Spielraum der europäischen Union vergrößert. Dass der geschaffene Spielraum angesichts einer fehlenden umfassenden und kohärenten europäischen Wirtschaftspolitik noch nicht ausreichend genutzt wird, scheint mir ebenfalls klar zu sein. Der Trend zu einer derartigen Politik ist jedoch unverkennbar und die einzelnen Instrumente für diese Politik bestehen schon. Es gibt eine gemeinsame Währungspolitik, es gibt den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die großen wirtschaftspolitischen Orientierungen.*

Wirtschaftspolitik ist also weniger denn je auf nationaler Ebene zu machen. Dies gilt in besonderem Masse für einen Kleinstaat wie Luxemburg. Die wesentliche wirtschaftspolitische Diskussion ist die über die Gestaltung und die Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik. Gerade im Zeitalter der Globalisierung der Wirtschaft ist dies von Bedeutung, denn der europäische Binnenmarkt hat weltwirtschaftlich ein derartiges Gewicht, dass die Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik für die inhaltliche Gestaltung des europäischen Gesellschafts- und Sozialmodells von größter Bedeutung ist. Die wirtschaftliche Entwicklung, die wir seit 2 Jahren kennen, illustriert dies.

In Luxemburg wird die Diskussion über die europäische Wirtschaftspolitik jedoch kaum geführt, außer wenn heiße Eisen wie die Steuerpolitik behandelt werden. Luxemburgs politische Klasse diskutiert alljährlich die Lage der Nation, behandelt dabei aber die europäische Politik eher am Rande. In Wirklichkeit müssen aber die Ministerialbeamten Jahr für Jahr in Brüssel bei der Kommission Bericht ablegen, ob die Leitlinien der Union in Bereichen wie der Beschäftigungspolitik oder der Haushalts- und Finanzpolitik der öffent-

chen Hand berücksichtigt wurden. Die politische Debatte in Luxemburg vermittelt der Öffentlichkeit ein falsches Bild von den Gestaltungsmöglichkeiten und dem Kontext luxemburgischer Wirtschaftspolitik.

Ich möchte hierzu drei Thesen aufstellen und 4 Schlussfolgerungen ziehen.

### These 1

*Der Spielraum für eine eigenständige luxemburgische makroökonomische Politik, der sowieso nie besonders groß war, wird meines Erachtens zusehends kleiner.*

### These 2

*Die Schaffung des Binnenmarkts schränkt ebenfalls die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Strukturpolitik ein. Subventionspolitik beispielsweise darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Die sogenannte Nischenpolitik wird immer schwieriger, insofern sie auf den luxemburgischen Hoheitsrechten aufbaut.*

### These 3

*Die Nischenpolitik hat zudem zu einer extremen Abhängigkeit Luxemburgs und seiner Staatsfinanzen vom Finanzsektor geführt. Dies muss dringend korrigiert werden.*

### Schlussfolgerungen und Vorschläge:

*1 Die industrielle Struktur Luxemburgs muss verstärkt werden. Die Standortvorteile im Bereich der Verwaltungsprozeduren und der kollektiven sozialen Beziehungen müssen verbessert werden.*

Ich plädiere für eine Verstärkung der industriellen Struktur Luxemburgs, wobei in einer globalisierten Wirtschaft es evident ist, dass es keinen Sinn macht, dabei auf den sogenannten Niedriglohnssektor zu setzen, da wir in dem Bereich sowieso nicht mit den osteuropäischen Ländern und schon gar nicht mit den aufstrebenden Ländern der dritten Welt konkurrieren können. Wir müssen auf Qualitätsprodukte mit hohem Mehrwert setzen. Das gleiche gilt für den international arbeitenden Dienstleistungsbereich.

Eine derartige Politik verlangt eine klare vorausschauende Landesplanung. Von einer solchen ist aber nicht viel zu merken. Eine derartige Politik verlangt performante Verwaltungen, damit die Fristen, die benötigt werden, um ein industrielles Projekt zu genehmigen und umzusetzen möglichst kurz sind. Dies war stets ein Standortvorteil Luxemburgs. Wir sind dabei diesen Vorteil zu verlieren, nicht so sehr weil unsere Verwaltungen an Wirksamkeit verlo-

ren hätten, und unsere politischen Entscheidungsprozeduren so viel komplizierter geworden wären, sondern eher, weil unsere Nachbarn sich ein Beispiel an Luxemburg genommen haben und effizienter geworden sind.

Ein weiterer Standortvorteil waren die guten sozialen Beziehungen in den Betrieben. Diese Beziehungen haben sich in den 90er Jahren verschlechtert: Die Mitbestimmungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsplatz, die Demokratie auf der Arbeit hat aber Einfluss auf die Arbeitsbedingungen und damit auf die Motivation und die Produktivität. Wir brauchen dringend eine Modernisierung der Gesetzgebung über die Mitbestimmungs- und Aktionsmöglichkeiten der gewählten Personalvertreter und der Gesetzgebung und die kollektiven Arbeitsbeziehungen.

## 2. Bildungspolitik ist Strukturpolitik.

Eine weitere Voraussetzung für eine derartige wirtschaftliche Strukturpolitik sind hochqualifizierte Arbeitnehmer. Das Bildungs- und Ausbildungswesen muss eine nationale Priorität werden. Benchmarking, Leitlinien und Zielsetzungen sind ja politisch groß in Mode. Warum sollten wir uns nicht das Ziel setzen, 10% unseres Bruttosozialproduktes in unser Bildungs- und Ausbildungssystem zu investieren. Damit würden wir uns unter den europäischen Spitzenländern befinden und ein politisches Zeichen setzen, das auch zu einem Motivationsschub für inhaltliche Qualitätsverbesserungen führen würde. Zur Bildungspolitik gehört dabei eine ambitionöse Hochschul- und Forschungspolitik.

Auf Grund der Tatsache, dass der luxemburgische Arbeitsmarkt ein interregionaler, sozusagen großregionaler Arbeitsmarkt ist, plädiere ich zudem für eine konsequente Politik der Kooperation in der Berufsausbildung und in der Hochschul- und Forschungspolitik in der Großregion.

## 3. Die Entwicklungsperspektiven von Handel, Handwerk und Dienstleistungen in der Großregion müssen genutzt werden.

Ein zweiter wichtiger Pfeiler der luxemburgischen Wirtschaft, der gestärkt und ausgebaut werden sollte, sind die Klein- und Mittelbetriebe des Handwerks, im Handel und im lokalen und regionalen Dienstleistungssektor. Diese Betriebe sind einerseits einer verstärkten Kon-



kurrenz aus der Großregion ausgesetzt, andererseits liegen ihre Entwicklungsperspektiven ebenfalls in der Großregion.

Damit diese Perspektiven genutzt werden, müssen diese Betriebe bei ihren entsprechenden Bemühungen von den staatlichen Instanzen aber auch von offiziellen Instanzen wie der Handelskammer und der Handwerkskammer unterstützt werden und die administrativen Hemmnisse für ihre grenzüberschreitenden Tätigkeiten, die noch immer bestehen, müssen abgebaut werden.

Die Aussagen zur Bildungspolitik (siehe Punkt 2) gelten auch für diesen Bereich.

## 4. Die Großregion Saarland-Lothringen-Luxemburg-Rheinland-Pfalz-Wallonien muss eine wirkliche politische Priorität werden.

Viele Studien und Analysen gehen davon aus und belegen, dass die Großregion Saarland-Lothringen-Luxemburg-Rheinland-Pfalz-Wallonien für viele Betriebe den geeigneten Entwicklungsrahmen darstellt. Die Großregion kann auch erhebliche Standortvorteile bieten und sie kann in einer erweiterten europäischen Union den geeigneten Rahmen für eine wirksame wirtschaftliche Strukturpolitik abgeben.

Dies bedingt allerdings eine voluntaristische Politik der Kooperation innerhalb der Großregion. Im Bereich der wirtschaftlichen Strukturpolitik bedeutet dies eine gemeinsame Vision der wirtschaftlichen Entwicklung, der Landesplanung, der kollektiven Infrastrukturen, der Transportpolitik, des Arbeitsmarktes, der Hochschul- und Forschungspolitik und der Nutzung der Programme der Europäischen Union, wie bspw. der INTERREG-Programme.

Wir brauchen aber auch die notwendigen Instrumente und Institutionen für eine derartige Kooperation. Luxemburg hat nicht nur wirtschaftspolitisch ein vitales Interesse an einer vertieften Kooperation in der Großregion. Gegenüber den anderen Bestandteilen der Großregion hat Luxemburg den Vorteil

ein eigenständiger Staat zu sein und nicht Teil eines Staates. Luxemburg liegt zudem geographisch im Zentrum der Großregion, ist ein wirtschaftliches Zentrum und ist kulturell ein guter Vermittler zwischen den deutschen und den französischen und wallonischen Teilen der Großregion. Luxemburg muss und kann eine Vorreiterrolle spielen. Dies bedeutet aber, dass die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Dies ist bislang nicht der Fall. Die Großregion muss eine politische Priorität werden, mit klaren und sichtbaren Zielsetzungen und die Dimension Großregion muss ihren Niederschlag in den verschiedenen strukturpolitischen Politikbereichen finden.

**Jean-Claude Reding**  
Generalsekretär des OGB-L